

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 07.11.2023

Sitzungsraum:	Sitzungssaal
Beginn:	20:02
Ende:	21:33

ANWESENHEITSLISTE

zur heutigen Sitzung sind nach ordnungsgemäßer Ladung erschienen:

SPD-Fraktion:

Corinna Gall	Gemeindevertreterin	entschuldigt
Armin Groß	Gemeindevertreter	
Sylvia Heckmann	Gemeindevertreterin	
Herbert Iselin	Gemeindevertreter	
Daniel Schmidt	Gemeindevertreter	
Volker Schneider	Gemeindevertreter	
Michael Seppich	Gemeindevertreter	entschuldigt
Ute Wolk	Gemeindevertreterin	

CDU-Fraktion:

Stefan Roewer	Gemeindevertretervorsitzender	
Ralf Butterman	Gemeindevertreter	
Simon Dörsam	Gemeindevertreter	entschuldigt
Andreas Helth	Gemeindevertreter	
Marc Steinmann	Gemeindevertreter	
Christian Stevens	Gemeindevertreter	entschuldigt
Stefanie Stevens	Gemeindevertreterin	entschuldigt
Manuel Strauch-Stadler	Gemeindevertreter	entschuldigt
Sükriye Wohlrath	Gemeindevertreterin	
Achim Wolperth	Gemeindevertreter	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Rosemarie Bernhard	Gemeindevertreterin	
Jan Elflein	Gemeindevertreter	
Klaus Elflein	Gemeindevertreter	
Dr. Sandra Gottschalk	Gemeindevertreterin	
Prof. Dieter Kies	Gemeindevertreter	
Mark Lucht	Gemeindevertreter	
Dr. Melanie Rohn	Gemeindevertreterin	entschuldigt
Hans-Jürgen Roos	Gemeindevertreter	

FDP-Fraktion:

Martin Dittert	Gemeindevertreter	entschuldigt
Benjamin Kissel	Gemeindevertreter	
Sean O'Donovan	Gemeindevertreter	
Dr. Thilo Storch	Gemeindevertreter	
Uwe Zeffner	Gemeindevertreter	

Gemeindevorstand:

Erwin Buchmann	Beigeordnete/r	
Wolfgang Grün	1. Beigeordneter	
Simon Mager	Beigeordnete/r	entschuldigt
Milan Mapplassary	Bürgermeister	
Dr. Ernst Osen	Beigeordnete/r	
Walter Rohloff	Beigeordnete/r	entschuldigt
Hans Peter Stephan	Beigeordnete/r	
Volker Zwipf	Beigeordnete/r	entschuldigt

Sandro Bahr Schriftführer

Verwaltung:

Jens Hilman	Verwaltung Fachbereich 1
Tina Meyer	Verwaltung Fachbereich 2
Marco Zink	Verwaltung Fachbereich 1

Presse:

Manfred Bierbauer

TAGESORDNUNG

- 1 Feststellung der Formalitäten
- 2 Mitteilungen
- 3 Kunstrasen Antrag VfL Birkenau
- 4 Vergaberichtlinien für gemeindeeigene Baugrundstücke der Gemeinde Birkenau
- 5 Verschiedenes

SITZUNGSERGEBNIS:

1 Feststellung der Formalitäten

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Stefan Roewer, eröffnet um 20:02 Uhr die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung; er begrüßt die Anwesenden.

GVV Roewer begrüßt Herr Manfred Bierbauer als Vertreter der Presse von den Diesbach Medien.

Es wird festgestellt, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; auf Nachfrage werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit wird mit 23 anwesenden Gemeindevertretern festgestellt.

CDU-Fraktion:	6 Stimmen
SPD-Fraktion:	6 Stimmen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	7 Stimmen
FDP-Fraktion:	4 Stimmen

2 Mitteilungen

Sehr geehrter Gemeindevertretungsvorsitzender Roewer,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung,
sehr geehrte Herren des Gemeindevorstands
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Sehr geehrte Gäste,

ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Sitzung der Gemeindevertretung.

Dorfplatz Löhrbach

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass der neugestaltete Dorfplatz in Löhrbach am 27. Oktober nun offiziell eingeweiht wurde. Ich danke an dieser Stelle allen Verantwortlichen, die an diesem Projekt mit viel Ausdauer, Expertise und Engagement mitgewirkt haben. Ein solches Projekt, von der Idee bis zum Abschluss zu bringen, konnte nur in guter Kooperation und gegenseitiger Unterstützung gelingen. Und das verleiht diesem Ort einen zusätzlichen immateriellen Wert. Die Einweihung und Freigabe des Platzes markieren das Ende des IKEK-Programms in Birkenau. Es ist ein Abschluss, dem eine Zukunft folgen wird.

Es ist geplant, im Frühjahr ein Dorfplatzfest zu veranstalten, um dieses schöne Projekt bei gutem Wetter in einem größeren Kreis zu feiern.

Volkstrauertag

Gerade in einer Zeit zunehmender Gewalt und Terror überall in der Welt ist das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt aktueller denn je. Auch in Birkenau begehen wir diesen wichtigen Tag mit einem Totengedenken. Am Ehrenmal auf dem Alten Friedhof wird um 11.00 Uhr ein Kranz niedergelegt. Ähnliche Veranstaltungen werden auch in den anderen Ortsteilen stattfinden.

Filmfestival der Generationen

Auch dieses Jahr findet wieder das beliebte Filmfestival der Generationen statt – am 20. und 21. November werden im Sitzungssaal des Rathauses jeweils ab 17.00 Uhr schöne und interessante Filme gezeigt, die zum Dialog zwischen den Generationen anregen. Im Anschluss an den Film leitet Frau Rausch durch eine lockere Diskussion.

Verlängerung Kita Bärenstark

Die Baugenehmigung für die temporäre Kita „Kinderhaus Bärenstark“ wurde bis zum 31.12.2026 verlängert. Die Genehmigung wurde dem Jugendamt für den Weiterbetrieb des Kinderhaus Bärenstark vorgelegt. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen für den Kauf des Grundstücks für den Kindergartenneubau. Das Jahr 2024 wird daher vor allem davon geprägt sein, die Planungen für den Neubau zu vertiefen und zu konkretisieren.

Programm „Little Bird“

Das Kita-Programm „Little Bird“ wird derzeit in der Verwaltung und den Kindergärten eingeführt, live gehen wird es Anfang 2024. Das Programm beinhaltet unter anderem ein Elternportal, bei dem Eltern sich online registrieren und ihre Kinder über alle Kindergärten hinweg anmelden können, eine App, die die Kommunikation zwischen den Einrichtungen und den Eltern ermöglicht sowie ein Modul zur Platzvergabe für die Verwaltung.

Stand Flüchtlingssituation

Nach der Erhöhung der Zuweisungsquote sind wir in Birkenau verpflichtet, 38 Personen pro Quartal unterzubringen. Bis zum Ende dieser Woche werden wir 52 Personen in der Kerngemeinde und in Reisen untergebracht haben. Sollten Sie selbst Wohnraum zur Verfügung stellen können oder jemanden kennen, der Wohnraum zur Verfügung stellen kann, melden Sie sich gern beim Ordnungsamt der Gemeinde. Vertragspartner bei den Mietverträgen ist die Gemeindeverwaltung.

Misstände Flüchtlingskrise

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, um Sie in diesem Zusammenhang auf einige Misstände aufmerksam zu machen, die durch die Flüchtlingskrise offenbar werden und die derzeit auch andere Kommunen nicht nur in Hessen betreffen: ihre Leistungs- und Kapazitätsgrenzen sind überschritten.

Gemeinsam mit dem HSGB haben sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die kommunalen Spitzenverbände in einer sog. Entlastungs-Allianz darauf verständigt, über die aktuelle prekäre Lage der Kommunen aufzuklären. Sie fordern vom Land eine lebensnähere Politik ein.

Die Lücke zwischen dem Leistungsversprechen von übergeordneten Entscheidungsträgern und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Kommunen ist riesig und wächst stetig weiter. Diese Lücke ergibt sich aus der desolaten finanziellen Ausgangslage vieler Kommunen, dem Fachkräftemangel im öffentlichen Bereich und der immer stärker zunehmenden Bürokratie in unserem Land.

Die Auswirkungen dieser Situation sind für die Menschen vor allem auf der kommunalen Ebene tagtäglich spürbar. Seien es beispielsweise die Pflege der Grünanlagen, die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge oder die Kinderbetreuung: All diese kommunalen Aufgaben können wir nicht in dem Umfang ausführen, wie wir es wollen und die Menschen in unserer Gemeinde es verdient haben.

Konkret bedeutet das: Die Kommunen sehen sich mit immer mehr und zum großen Teil von übergeordneten Entscheidungsträgern auferlegten Aufgaben konfrontiert, die immer mehr Personal und finanzielle Mittel beanspruchen. Diese Aufgaben werden durch die Gesetzgebung von Bund und Land vermehrt als Pflichtaufgaben identifiziert. Diese Situation wird zusätzlich dadurch prekärer, dass die Anforderungen zur Erfüllung dieser Pflichtaufgaben immer komplexer werden.

Die Konsequenz für unsere Bevölkerung ist, dass auf scheinbar einfache Fragen Antworten folgen, die derart komplex und reguliert sind, dass in manchen Fällen eine Vereinbarkeit mit einer praktischen und unkomplizierten Lösung nicht möglich ist. Ich könnte auch einfach sagen: es gibt Antworten, die keiner mehr versteht! Diese organisatorischen und inhaltlichen Vorgaben engen in einer Kommune die Handlungsspielräume aller Entscheidungsgremien ein, gleichzeitig vergrößert sich die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Auf diese Weise kommt es zu Konflikten aufgrund von nachvollziehbaren Erwartungen, die auf eine eingeschränkte Gestaltungsfähigkeit treffen. Die Folge: Politikverdrossenheit und das Gefühl, dass die Bürokratie in unserem demokratischen System überhandnimmt.

Diese extreme Durchregulierung hat außerdem zur Folge, dass immer unklarer wird, wer eigentlich Verantwortung wofür trägt.

Inter solchen Umständen verwundert es auch nicht, dass immer weniger Menschen bereit sind, vor Ort Verantwortung zu übernehmen.

Wie kann man dieser Entwicklung begegnen und sie ändern?

Wir sind an einem Punkt gekommen, in dem es darum gehen muss, eine grundlegende Verwaltungsreform anzugehen, die insbesondere den Bürokratieabbau und die Neubewertung der kommunalen Aufgaben in den Fokus nimmt.

Doch am Anfang dieser Maßnahmen müssen die Kommunen vom Staat das Vertrauen einfordern, die gesetzliche verankerte Selbstverwaltung tatsächlich auch selbst durchführen zu können.

In diesem Zusammenhang bietet es sich an, die aktuelle Flüchtlingsthematik als Beispiel zu nehmen. Seit Mai dieses Jahres erleben wir, welche Auswirkungen Entscheidungen auf Landes-, Bundes- oder gar Europa-Ebene auf unsere Gemeinde haben. Mit der Direktzuweisung der Flüchtlinge und der nun erhöhten Zuweisungsquote durch den Kreis wird deutlich, wie sich die Flüchtlingspolitik unseres Landes und des Kontinents auf der kommunalen Ebene niederschlägt. Finanziell ist nicht nur unsere Gemeinde mit diesem Thema überfordert. Auch der kommunale Frieden gerät dadurch in Schieflage. Seit 2022 haben wir Rekordzahlen an Geflüchteten in Deutschland zu verzeichnen. Für uns als Gemeinde sind die Begrenzung und eine optimierte Steuerung der Flüchtlingsströme, eine gerechtere Verteilung innerhalb der EU oder ein einheitlicheres Sozialleistungsniveau in Europa dabei entscheidend.

Trotz der schlechten Ausgangslage haben wir diese Pflichtaufgabe zu erfüllen.

Wir alle haben gemeinsame Ziele – sei es ein Birkenau, das generationsgerecht für die Zukunft aufgestellt ist, sei es ein Birkenau, das nachhaltig auf einer sicheren finanziellen Grundlage steht oder sei es ein Birkenau, dessen Verwaltung sich als Dienstleisterin der Bevölkerung versteht und alle kommunalen Aufgaben – egal, ob Pflicht oder Kür – zu leisten in der Lage ist. Selbstverständlich setzen wir alles daran, diese Aufgaben vollumfänglich zu erfüllen. Wie kann das gelingen?

Meine Damen und Herren, Sie sehen an meinen Ausführungen, dass wir hier einer Pflichtaufgabe gegenüberstehen, die von uns einiges abverlangt. Ich betone nochmal: von uns allen abverlangt, die die Geschicke unserer Heimat mitverantworten. Die Direktzuweisung und ihre Folgen schüren mitunter auch Ängste und Sorgen in unserer Gesellschaft. Und die entsprechenden Diskussionen werden zum Teil auch sehr emotional geführt. Wie können wir dem begegnen? Unsere Aufgabe besteht darin, unsere individuellen Stärken zusammenzubringen und kooperativ im Entscheidungsprozess umzusetzen.

Die angespannte Atmosphäre in der letzten Sitzung zeugt davon, dass wir in unserer Kommunikation nachjustieren müssen. Ich habe eben die Kooperation erwähnt. Es geht hier nicht um ein Gegeneinander, sondern um ein Miteinander. Um Ihnen das anhand von Beispielen konkret zu veranschaulichen, kann ich Ihnen drei Anträge nennen. Einer davon wurde in der September-Sitzung angekündigt, woraufhin die Verwaltung unmittelbar ihre Bedenken hinsichtlich unserer Geschäftsordnungskonformität geäußert hat. Somit wären fast 4 Wochen Zeit gewesen, gemeinsam mit dem Antragsteller über die rechtlichen Grundlagen dieses Antrags zu reden. Leider wurde das Angebot der Verwaltung zu einem gemeinsamen Gespräch nicht angenommen, so dass der Antrag – wie zu erwarten war – mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt werden musste. Ich will hier noch einmal unterstreichen, dass es nicht um die Inhalte des Antrags an sich ging, sondern um das Einhalten der gesetzlichen Grundlagen und ich denke, das ist auch die Sichtweise der anderen Fraktionen. Die zwei anderen Anträge waren unzureichend formuliert, wodurch ein klarer Arbeitsauftrag für die Verwaltung erschwert wurde. Insbesondere der Antrag hinsichtlich der Flächen für Container weist so viel Interpretationsspielraum auf, dass er einen Nährboden für verschiedene Missverständnisse bietet. Meine Damen und Herren, der Verwaltung und mir geht es nicht darum Ihnen vorzuschreiben, wie Sie zu arbeiten haben, sondern vielmehr darum, uns als Ihren Dienstleister für Ihre ehrenamtliche Tätigkeit zu verstehen und gemeinsam das Beste für unsere Gemeinde zu bewirken.

GV A. Groß: Wie ist der Stand beim eingereichten Fragenkatalog?

BGM Mapplassary: wird bis Ende der Woche schriftlich beantwortet werden

3 Kunstrasen Antrag VfL Birkenau

GV Prof. Kies berichtet aus den Verhandlungen des Haupt- und Finanzausschusses. Daraufhin folgen Stellungnahmen aus den Parteien von GV R. Butterman (CDU), GV A. Groß (SPD), GV S. O'Donovan (FDP) und GV H. Roos (Bündnis 90/Die Grünen).

Änderungsantrag des Haupt- und Finanzausschusses:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, bei dem Produkt 4210101, Investitionsnummer 4210101 „Antrag Zuschuss VFL Kunstrasenplatz“ den Sperrvermerk in Höhe von 130.000€ aufzuheben, dem VfL Birkenau einen Zuschuss von 105.000€ zu gewähren.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Haupt- und Finanzausschusses:

Ja: 17, Nein: 1, Enthaltungen: 5; mehrheitlich angenommen

4 Vergaberichtlinien für gemeindeeigene Baugrundstücke der Gemeinde Birkenau

Es folgen Wortmeldungen von GV A. Helth und GV. H. Roos.

Sitzungsunterbrechung: 20:57 Uhr bis 21:11 Uhr

Antrag der CDU-Fraktion, den TOP 4 „Vergaberichtlinien für gemeindeeigene Baugrundstücke der Gemeinde Birkenau“ zur vertiefenden Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Bau, Umwelt, Energie und Verkehr zur Empfehlung an die Gemeindevertretung zu verweisen.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion: Ja: 23, Nein: 0, Enthaltungen: 0; einstimmig angenommen

5 Verschiedenes

GV A. Wolperth: Friedhof Löhrbach Mauer fertiggestellt, wie ist der Stand bei der Treppe?

BGM Mapplassary: Eingangstor soll durch den Bauhof überprüft werden, Verkehrssicherheit der Treppe wird gewährleistet und an den Bauhof weitergegeben

GV A. Wolperth: Weiternutzung des Sportplatzes Löhrbach, Vorschläge wurden bereits eingereicht, liegt noch keine Entscheidung des Gemeindevorstands vor, aktuell gibt es drei Interessenten, Abstellung für Containerlösung wird aktuell als nicht tauglich empfunden da der Ort zu abgelegen ist

BGM Mapplassary: Der Gemeindevorstand beschäftigt sich mit dem Thema. Solange von der Gemeindevertretung kein klares Nein zum Löhrbacher Sportplatz als möglicher Standort zur Unterbringung für Flüchtlinge erfolgt, bleibt der Sportplatz auf der Liste.

GV V. Schneider: regt eine Diskussion zu den Inhalten des Protokolles in der Gemeindevertretung an, Mandatsträger und Bürgermeister Mapplassary weisen darauf hin, dass es sich lediglich um ein Ergebnisprotokoll handelt und die Widerspruchsfristen gegen das Protokoll aus der Geschäftsordnung zu entnehmen sind

GV S. Gottschalk: Nachfrage PV Anlage Sachstand

BGM Mapplassary: befinden sich aktuell noch in der Prüfung

Mitteilungen GVV Roewer

27.11.2023: Abgabefrist für die nächste Gemeindevertretersitzung

16.-17.12.2023: Weihnachtsmarkt

11.11.2023: Jahresinspektionsprüfung Feuerwehr Birkenau

13.11.2023: Sitzung Bauausschuss

17.11.2023: Kampagneneröffnung Löhrbach

12.12.2023: Einbringung Haushalt

14.12.2023: Anhörung Ortsbeiräte

13.01.2024: Klausurtagung Haushalt, bis 05.01.2024 Fragen bei Herrn Hilman einreichen

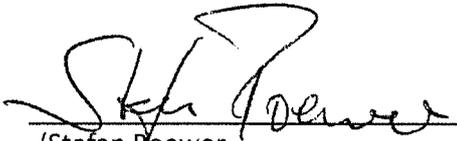
23.01.2024: HFA Sitzung Haushalt

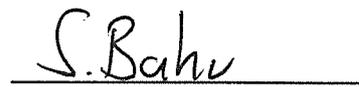
30.01.2024: GV Sitzung Abschluss Haushalt

13.03.2024: Verleihungen Ehrenamtspreis

H. Roos: Steht der Sitzungsplan für das nächste Jahr schon?

GVV Roewer: Sitzungsplan für das nächste Jahr steht spätestens zur GV Sitzung am 12.12.2023


(Stefan Roewer,
Gemeindevertretervorsitzender)


(Sandro Bahr, Schriftführer)